



## politik+++mittelstand+++information

# Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

MIT - News · 1. Ausgabe 2011

## Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge beenden



*In einem Gespräch mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel übermittelte das MIT-Präsidium die Forderung, die vorgezogene Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge zeitnah zurückzuführen.*

Die rot-grüne Bundesregierung hatte im Jahre 2005 beschlossen, dass Unternehmen ab Januar 2006 die Beiträge zur Sozialversicherung für bezahlte Löhne anstatt bis zum 15. des Folgemonats bereits am Ende des Monats der jeweiligen Lohnzahlung entrichten müssen. Diese Regelung hatte für Unternehmen erhebliche Konsequenzen. Zum einen müssen die Betriebe seither ihre Lohnkosten gegenüber den Krankenkassen als Einzugsstelle der Sozialversicherungsbeiträge zu einem Zeitpunkt erklären, zu dem die tatsächliche Höhe noch nicht bekannt ist. Im Folgemonat müssen daher die Erklärungen der Unternehmen entsprechend den tatsächlichen Entgelten regelmäßig korrigiert werden. Damit hat diese Regelung zu einem erheblichen

bürokratischen und finanziellen Mehraufwand geführt. Zum anderen wurde den Unternehmen durch die vorgezogene Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge 2006 rund 20 Mrd. Euro an Liquidität entzogen. Je nach Eigenkapitalausstattung und Liquiditätslage des Unternehmens wirkt sich dies bis heute auf die jährlichen Zinsbelastungen für Fremdkapital bzw. auf die Rentabilität aus. In beiden Fällen werden dadurch die Investitionsfähigkeit und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen behindert. Gemeinsam mit den MIT-Kreis- und Landesverbänden will sich der MIT-Bundesvorstand auch im Jahre 2011 dafür einsetzen, dass die Regelung zur vorgezogenen Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge zurückgeführt wird.

## MIT IN DEN MEDIEN

Der Chef der CDU/CSU-Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung, Josef Schlarmann, kritisiert bei „Spiegel Online“: „Erst werden die Laufzeiten verlängert, dann wird diese Entscheidung wieder ausgesetzt. Die Menschen fragen sich: Wissen die eigentlich noch, was die da tun?“ Er warnt vor einem Vertrauensverlust. (Spiegel Online, 28.03.2011)

Schlarmann sieht nun die „letzte Chance“ für die Koalition gekommen. „Gerade die Union muss sich am Riemen reißen und das Vertrauen der Wähler zurückgewinnen.“ Er forderte eine offene Debatte über den künftigen Kurs von CDU und CSU. „Das Schlimmste wäre, wenn sich die Führung einbunkert und gegen Kritik abschottet“, sagte Schlarmann. (Handelsblatt, 28.03.2011)

Josef Schlarmann, Chef der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, wandte sich gegen indirekte Subventionen. „Ordnungspolitisch muss man den Versorgern einfach alle Kosten der Atomkraft in Rechnung stellen, von der Endlagerung bis zur Versicherung aller Risiken“, sagte er der „Wirtschaftswoche“. (Handelsblatt, 02.04.2011)

Ordnungspolitik? Liberalismus? Strategische Umsicht? „Die FDP ist für diese Legislaturperiode vermutlich verloren“, glaubt der CDU-Wirtschaftsflügel Josef Schlarmann. Der Bundesvorsitzende der CDU/CSU-Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) bedauert die plötzliche Orientierungslosigkeit. (Wirtschaftswoche, 04.04.2011)

Der Wirtschaftsflügel der Union macht Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) strikte Vorgaben für die anstehenden Verhandlungen zur Euro-Rettung. Es müsse sichergestellt werden, dass die Europäische Union „keine Haftungsgemeinschaft“ werde, sagte der Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT), Josef Schlarmann, der „Welt“. Der Europäische Stabilitätspakt müsse verschärft werden. „Entscheidend sind automatische Sanktionen bei Verstößen gegen den Stabilitätspakt bis zum Ausschluss von Mitgliedern aus der EU“, heißt es in einem MIT-Positionspapier. (Die Welt, 07.03.2011)

## Volkswirtschaftliche Bedeutung der Maritimen Wirtschaft



Barbara Ahrons, stellvertretende  
MIT-Bundesvorsitzende aus Hamburg

Die maritime Wirtschaft ist attraktiv, hat eine wirtschaftlich positive Perspektive und ist von strategischer Bedeutung für Gesamtdeutschland. Mit ihren wichtigsten Sektoren Schiffbau und Zulieferindustrie, Schifffahrt und Häfen, Meerestechnik, Binnenschifffahrt und Fischerei ist sie von systemischem

Interesse für die Bundesrepublik. Die volkswirtschaftliche Bedeutung des maritimen Sektors beschränkt sich dabei nicht allein auf die Bereiche der Küstenregionen, sondern ist (u.a. durch die Zulieferindustrie) in allen anderen Bundesländern, besonders in Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen, angesiedelt. Rund 500.000 Arbeitskräfte sind in Deutschland direkt und indirekt für die maritime Wirtschaft tätig. Insgesamt wird ein Volumen von ca. 54 Mrd. Euro pro Jahr umgesetzt. Dies entspricht einem Anteil von rd. 12% am Bruttoinlandsprodukt. Das Steueraufkommen beträgt ca. 10 bis 11 Mrd. Euro pro Jahr. Eine breite Unterstützung auf Landes- und Bundesebene die ist für die Branche aus Sicht der MIT wichtig, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen maritimen Wirtschaft und damit auch den Wirtschaftsstandort Deutschland langfristig und nachhaltig zu stärken. Die AG Maritime Wirtschaft unter der Leitung der stellvertretenden MIT-Bundesvorsitzenden Barbara Ahrons hat in einem

Positionspapier wesentliche Forderungen der Maritimen Wirtschaft zusammengestellt. Dazu gehören u.a. die Förderung, der Erhalt und die dauerhafte Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Hierfür müssen bundesweit die Rahmenbedingungen verbessert werden. Zudem spricht sich die MIT für den Aufbau eines bundesweiten Clusters „Maritime Technologien“ aus, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen zu steigern. Das Positionspapier kann unter [www.mittelstand-deutschland.de](http://www.mittelstand-deutschland.de) abgerufen werden.

## Unternehmerpreis „Soziale Marktwirtschaft“

Die MIT wird zukünftig alle zwei Jahre den Unternehmerpreis „Soziale Marktwirtschaft“ in den Kategorien Existenzgründer, inhabergeführte, kleine und mittlere Unternehmer verleihen. Mit dem Preis „Soziale Marktwirtschaft“ möchte die MIT das besondere Wirken von Unternehmern auszeichnen und öffentlich hervorheben. Der MIT-Unternehmerpreis orientiert sich an den Kriterien wie Geschäftsidee, Innovation, Arbeitsplätze sowie Ausbildungsbereitschaft und nachhaltiges Wachstum. Die Gewinner werden im Rahmen einer Feierstunde während der MIT-Bundesdelegiertenversammlung ausgezeichnet. Jeder MIT-Kreisverband und jedes MIT-Mitglied kann herausragende Unternehmer mit Sitz in Deutschland für diesen Preis vorschlagen. Die Vorschläge mit Begründung sind an die MIT-Bundesgeschäftsstelle zu senden.

MIT-Bundesgeschäftsstelle  
Stichwort: „Unternehmerpreis Soziale Marktwirtschaft“,  
Charitéstraße 5,  
10117 Berlin  
[info@mittelstand-deutschland.de](mailto:info@mittelstand-deutschland.de)



## Sozialverhalten auf Zeugnissen



MIT-Bundesvorstandsmitglied  
Bernd Wirkus

Die Kommission Bildungspolitik unter dem Vorsitz des MIT-Bundesvorstandsmitgliedes Bernd Wirkus hat sich dafür ausgesprochen, dass in allen Bundesländern auf den Zeugnissen und insbesondere auf Zeugnissen in Abschlussklassen das Arbeits- und Sozial-

verhalten von Schülerinnen und Schülern durch die Lehrkräfte bewertet wird. „Eine Bewertung der Arbeits- und Sozialkompetenzen ist unverzichtbar, um die Aussagekraft von Zeugnissen auch gegenüber zukünftigen Arbeitgebern bzw. Lehrbetrieben zu erhöhen“, erläutert Wirkus. Bisher wurden mit den so genannten Kopfnoten positive Erfahrungen gemacht. Viele als »schlechte Schüler« bezeichnete Jugendliche haben einen Ausbildungsplatz erhalten, weil sie eine gute Beurteilung ihres Arbeits- und Sozialverhaltens in ihrem Bewerbungszeugnis vorweisen konnten. „Hilfreich ist diese Beurteilung für die Ausbildungsbetriebe, die häufig keine eigene Personalabteilung haben und die keine Auswahlverfahren z.B. über Assessment-Center durchführen“, so Wirkus. Der MIT-Bundesvorstand hat einen entsprechenden Antrag der Bildungskommission einstimmig angenommen.

## Höhere Diesel-Steuer gefährlich



Dieter Bischoff (Foto links) und Dr. Markus Pieper MdEP (Foto rechts) überreichen EU-Kommissar Günter Oettinger die „Energiepolitischen Forderungen MIT“ bei einem Treffen in Brüssel.

Ein kräftiger Aufschlag bei der Diesel-Besteuerung könnte Tausende mittelständische Transportunternehmen in den Ruin treiben. Davor warnt der Vorsitzende der MIT-Kommission Energie und Umwelt, Dieter Bischoff. Der CDU-Politiker kritisiert die Pläne von EU-Kommissar Algirdas Semeta, denen zufolge Diesel künftig nicht mehr nach dem Volumen, sondern nach dem Energiegehalt besteuert werden soll. Da Diesel einen wesentlich höheren Energiegehalt als Benzin hat, könnte es zu einer um bis zu 28 Cent höheren Besteuerung von Diesel kommen, sollte sich der Brüsseler Vorschlag durchsetzen. Bischoff: „Das wäre das Aus für einen Großteil unserer mittelständischen Transporteure, die sich seit Jahren

in einem scharfen Wettbewerb mit ausländischen Spediteuren befinden.“ Der MIT-Energieexperte appelliert an die Bundesregierung, „alles zu tun, damit es nicht zu dem neuen EU-Spritwahnsinn kommt“. Bischoff weist in diesem Zusammenhang auf eine steuerliche Systemwidrigkeit hin, die in Deutschland seit langem besteht. „Dass der Fiskus auf Energiesteuern auch noch Mehrwertsteuer erhebt und kassiert“, so der MIT-Energieexperte, „ist steuersystematisch falsch und nichts anderes als fiskalpolitische Wegelagererei“. Deshalb müsse die aktuelle Diskussion um die Dieselbesteuerung endlich zum Anlass genommen werden, die absurde Besteuerung von Energiesteuern zu beenden.

## Virtueller Kreisverband der MIT wächst

Der Virtuelle Kreisverband der MIT (VKV), das Internetportal und Netzwerk für MIT-Mitglieder, erfreut sich großen Zuspruchs. Mit Beginn des Jahres 2011 hat der VKV die 1.000-Mitglieder-Marke überschritten und hat mittlerweile 1.015 Mitglieder. Interessierte können sich unter [www.mit-virtuell.de](http://www.mit-virtuell.de) im VKV anmelden, Kontakte zu anderen MIT-Mitgliedern in ganz Deutschland knüpfen und in Foren über aktuelle Themen diskutieren.



Screenshot [www.mit-virtuell.de](http://www.mit-virtuell.de)

## Fakten

### Arbeitsmarktpolitik

Der Bund hat die aus Steuermitteln finanzierten Ausgaben für Maßnahmen, die die Empfänger von ALG II wieder in den Arbeitsmarkt eingliedern sollen, stetig erhöht – von 3,1 Milliarden Euro im Jahr 2005 auf 5,1 Milliarden Euro 2009. Allein rund ein Drittel des Budgets verschlangen dabei die 1-Euro-Jobs. Auch für die berufliche Weiterbildung sowie verschiedene Formen von Lohnkostenzuschüssen flossen Milliardenbeträge. Die damit erzielten Resultate sind allerdings ausgesprochen mager. Weniger als 9 Prozent der 1-Euro-Jobber haben sechs Monate nach Ende der Maßnahme eine ungeforderte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Von den Teilnehmern an einer beruflichen Weiterbildung sind es mit 20 Prozent auch nicht viele. Mehr Erfolg haben die Eingliederungszuschüsse an Arbeitgeber, die schwer zu vermittelnde Arbeitslose einstellen. Von diesen haben nach einem halben Jahr immerhin 64 Prozent einen regulären Job. (Quelle: IW Köln)

### Karriere durch Bildung

Drei von vier Ingenieuren kommen aus nichtakademischen Elternhäusern, wie eine aktuelle Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln zeigt. Ingenieure haben damit so gut wie keine anderen Hochqualifizierten den Aufstieg durch Bildung geschafft. Bei Juristen und Medizinern hingegen kommt über die Hälfte des Nachwuchses aus traditionellen Akademikerfamilien. Der Ingenieurberuf profitiert davon, dass es in den vergangenen Jahren für Kinder nichtakademischer Eltern generell leichter geworden ist, eine Hochschulkarriere einzuschlagen. Erreichten in Deutschland Mitte der 1990er Jahre erst 15 Prozent von ihnen einen Studienabschluss, sind es aktuell 20 Prozent. (Quelle: IW Köln)

### Ausbildungsmarkt

Der Ausbildungsmarkt entwickelt sich in diesem Jahr für die Bewerber sehr positiv. Bis Ende März 2011 haben die Betriebe den Arbeitsagenturen gut 15 Prozent mehr Ausbildungsplätze gemeldet als im Vorjahr. Die Unternehmen bekommen indes die demografische Lücke zu spüren: Es gibt vielerorts zu wenig Bewerber. Jedes fünfte Unternehmen will 2011 mehr Ausbildungsplätze anbieten als im Jahr 2009. Lediglich jedes zehnte will das Angebot zurückfahren. Zum Vergleich: Im Jahr 2010 blieb das Angebot gegenüber dem Vorjahr annähernd konstant. Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf den Ausbildungsmarkt scheinen somit überwunden. (Quelle: IW Köln)

## Ablehnung eines Zwangs-CSR



MIT-Bundesvorstandsmitglied  
Gerd Robanus aus Hessen

Ein positives Sozialverhalten von Unternehmen ist für die meisten Unternehmen und besonders für die Mittelständler in Deutschland eine Selbstverständlichkeit. Die EU ist jedoch seit Jahren bestrebt, ein Zwangs-CSR (Corporate Social Responsibility) einzuführen. Es soll also eine Zwangsverpflichtung für bisher freiwillig erbrachte soziale Leistungen gesetzlich geregelt werden. Kürzlich hat der EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier eine Konsultation mit dem Ziel gestartet, europäische Unternehmen künftig zur Berichterstat-

tung über ihr soziales Engagement zu zwingen. Im Konsultationsverfahren wird nicht mehr die Frage gestellt, ob im Bereich CSR eine EU-Regulierung notwendig ist, sondern nur noch wie sie ausgestaltet werden soll. Solche öffentlichen Konsultationen sind gewöhnlich der erste Schritt zum Gesetzesvorschlag. Die MIT hat vor diesem Hintergrund auf Initiative des MIT-Bundesvorstandsmitgliedes Gerd Robanus ihre strikte Ablehnung gegenüber einem Zwangs-CSR bekräftigt. Die MIT Deutschland lehnt eine per EU-Vorschrift, quasi gesetzlich verordnete Zwangsverpflichtung zu bisher auf freiwilliger Basis erbrachten sozialen Leistungen von Unternehmen grundsätzlich ab. Eine Zwangsverpflichtung führt zu mehr Bürokratie und zu einer Steuerung der Wirtschaft durch staatliche Stellen.

## Eigenkapital nicht diskriminieren



MIT-Bundesvorstandsmitglied  
Michael Darda

Schon lange ist die Abschaffung der „Diskriminierung von Eigenkapital in mittelständischen Unternehmen“ der Politik als notwendige Maßnahme vorgetragen, um die Wettbewerbsfähigkeit sowohl national als auch international zu stärken. Bereits durch Basel II wurde die Kreditvergabe stark am kundespezifischen Kreditrisiko orientiert. Dafür haben Banken Instrumente entwickelt, die das einzelne Kreditrisiko ermitteln und dokumentieren. Je größer das Risiko, desto teurer der Kredit. Viele Mittelständler bekamen das zu spüren. Je Umsatzgröße mussten mehr Anteile für den Zins- und Tilgungsdienst zurückgelegt werden. Durch die Finanzmarktkrise wurde zudem schmerzhaft deutlich, wie geschwächt die Position der Firmen in den Verhandlungen mit den Banken ist, wenn

die Eigenkapitalausstattung gering ist bzw. diese nur noch über stille Reserven dargestellt werden kann. Ziel der Unternehmer muss es daher nach Auffassung von MIT-Bundesvorstandsmitglied Michael Darda grundsätzlich sein, dem durch eine verbesserte Eigenkapitalausstattung zu begegnen. Das muss der Mittelstand aus eigener Kraft schaffen. Aber der Gesetzgeber ist aufgefordert, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass der Verzicht auf Gewinnausschüttung und Entnahme auch einen Sinn macht. Die Diskriminierung von Eigenkapital ist zu beseitigen. Die MIT spricht sich für eine Rechtsformneutralität bei der Besteuerung von Unternehmen aus. Um die Rechtsformneutralität zu gewährleisten, ist die steuerliche Abzugsfähigkeit von angemessenen Zinsen auf das Eigenkapital gesetzlich zu verankern. Hinsichtlich der Entnahme von bereits versteuerten Gewinnen ist die Verwendungsreihenfolge zu ändern. „Der Steuerpflichtige muss wählen können, ob er die Entnahme aus bereits voll versteuertem Eigenkapital oder aus der Thesaurierungsrücklage tätigt“, so Darda.

## Kurz kommentiert

### Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse

Um dem Fachkräftemangel in zahlreichen Branchen rechtzeitig zu begegnen, hat die Bundesregierung ein Gesetz zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse auf den Weg gebracht. Die wichtigste Veränderung: Künftig sollen Zuwanderer – unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit und ihrem Migrationsstatus – auch dann einen Rechtsanspruch auf ein Bewertungsverfahren bekommen, wenn ihr Abschluss unter die sogenannten nicht-reglementierten Berufe fällt, etwa Informatiker oder Wirtschaftswissenschaftler. Zudem wird künftig die Berufserfahrung berücksichtigt. Rainer Kiank, MIT-Bundesvorstandsmitglied und Vorsitzender der Kommission Arbeitsmarktpolitik begrüßt diese Initiative. „Mit diesem Gesetz erleichtern wir den bereits hier lebenden und auch zukünftigen Zuwanderern mit qualifizierten Abschlüssen die Einstellung in die Betriebe und geben damit eine Antwort auf den bevorstehenden Fachkräftemangel“, so Kiank. Für die MIT sei allerdings wichtig, dass die deutschen Berufsstandards maßgeblich sind und bleiben. Dieses Gesetz dürfe nicht zu einer Aushebelung der deutschen Qualitätsanforderungen führen. Innerhalb von 3 Monaten können ausländische erworbene Berufsabschlüsse zukünftig auf Gleichwertigkeit mit einem deutschen Abschluss geprüft werden. Auch Teilanerkennungen sind möglich. Das Verfahren soll in der Regel von den Kammern durchgeführt werden. Die Kammern werden dann ermitteln, welche Weiterbildung gegebenenfalls notwendig ist.

## MIT - Bundesverband

ViSdP: Hans-Dieter Lehnen,  
Hauptgeschäftsführer der MIT

### Kontakt

Charitéstraße 5 • 10117 Berlin  
Telefon: 0 30 / 22 07 98-0  
Telefax: 0 30 / 22 07 98-22

E-Mail: [info@mittelstand-deutschland.de](mailto:info@mittelstand-deutschland.de)  
[www.mittelstand-deutschland.de](http://www.mittelstand-deutschland.de)

Fotos: MIT intern; Titelbilder oben v.l.n.r.: iStockphoto.com/  
pixelchickDK/-yuri\_arcurs/-sylvanworks-hidesy/  
sonstige Bilder: brandung<sup>2</sup>, Lieferungen der MIT



MITTELSTANDS- UND  
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG  
DER CDU/CSU